

# AsF-Landeskonferenz

31. März – 01. April 2012 im IBB Hotel, Passau

# Beschlüsse

## Übersicht Beschlüsse:

	<b>Antragstellerin</b>	<b>Thema</b>	<b>Behandlung</b>
A1	AsF – Bezirk Mittelfranken	Die SPD besteht zur Hälfte aus Frauen	Nach Änderung mehrheitlich angenommen
A2	AsF – Bezirk Unterfranken	Frühzeitige Planung und Rücksichtnahme auf Ehrenamtliche bei AsF-Konferenzen	einstimmig angenommen
A3	AsF- Bezirk Niederbayern	„Aufstellungsverfahren“	mit einer Enthaltung angenommen
A4	AsF- Bezirksvorstand Unterfranken	Sitz im Bundesvorstand	einstimmig angenommen
A5	AsF- Bezirksvorstand Unterfranken	Resolution zum Thema Arbeitsgemeinschaften	als Resolution an Vorstand der BayernSPD
A6	ASF-Unterbezirk Passau	Stabstelle gegen Rechtsextremismus auch für Frauen	nach Änderung einstimmig angenommen
A7	AsF – Bezirk Unterfranken	Frauenwirtschaft	zurückgezogen, da durch Leitantrag erledigt
A8	AsF- Bezirksvorstand Unterfranken	Bausteine für eine sozialdemokratische Gestaltung des Pflegegeldgesetzes	nach Änderung einstimmig angenommen
A9	AsF-Bezirk Mittelfranken	Frauen mit Behinderung vor Gewalt und Missbrauch schützen	nach Änderungen mit zwei Enthaltungen angenommen
A10	AsF Nürnberg	Flächendeckende Prävention	nach Änderung einstimmig angenommen
A11	AsF-Bezirk Mittelfranken	Frauen, Kinder und	mit 24 Gegenstimmen Überweisung an AsF-Landesvorstand

		Kranke raus aus den Lagern!	
A12	AsF-Nürnberg	Elternassistenz für Eltern mit Behinderung	Einstimmig angenommen
A13	AsF- Bezirk Oberbayern	Rechtsanspruch der Opfer von Gewalt und sexuellen Missbrauch auf Beratung	Nach Änderung einstimmig angenommen
A14	AsF-Bezirk Oberbayern	Arbeitsgemeinschaften auf allen Ebenen arbeitsfähig halten	einstimmig angenommen
A15	AsF-Bezirk Oberbayern	Ansprechpartner/in der bayerischen SPD-Landesgruppe im Bundestag	mehrheitlich angenommen

- A1** Antragstellerin: AsF – Bezirk Mittelfranken  
**Die SPD besteht zur Hälfte aus Frauen**
- A2** AsF – Bezirk Unterfranken  
**Frühzeitige Planung und Rücksichtnahme auf Ehrenamtliche bei AsF-Konferenzen**
- A3** Antragstellerin: AsF – Bezirk Niederbayern  
**„Aufstellungsverfahren“**
- A4** Antragstellerin: Bezirksvorstand Asf – Unterfranken  
**Sitz im Bundesvorstand**
- A5** Antragstellerin: Bezirksvorstand AsF – Unterfranken  
**Resolution zum Thema Arbeitsgemeinschaften**
- A6** Antragstellerin: : AsF – Unterbezirk Passau  
**„Stabstelle gegen Rechtsextremismus auch für Frauen“**
- A7** Antragstellerin: Bezirksvorstand AsF - Unterfranken  
**Frauenwirtschaft**
- A8** Antragstellerinnen: Bezirksvorstand AsF – Unterfranken  
**Bausteine für eine sozialdemokratische Gestaltung des Pflegegeldgesetzes**
- A9** Antragstellerin: AsF – Bezirk Mittelfranken  
**Frauen mit Behinderungen vor Gewalt und Missbrauch schützen**
- A10** Antragstellerin: AsF - Nürnberg  
**Flächendeckende Prävention**
- A11** Antragstellerin: AsF – Bezirk Mittelfranken  
**Frauen, Kinder und Kranke raus aus den Lagern!**
- A12** Antragstellerin: AsF - Nürnberg  
**Elternassistenz für Eltern mit Behinderungen**
- A13** Antragstellerin: AsF – Bezirk Oberbayern  
**Rechtsanspruch der Opfer von Gewalt und sexuellem Missbrauch auf Beratung**
- A14** Antragstellerin: AsF – Bezirk Oberbayern  
**Arbeitsgemeinschaften auf allen Ebenen arbeitsfähig halten**
- A15** Antragstellerin: AsF-Bezirk Oberbayern  
**Ansprechpartner/in der bayerischen SPD-Landesgruppe im Bundestag**

1           **Antrag: Die SPD besteht zur Hälfte aus Frauen**

2  
3           Die SPD muss Frauen als Mitglieder gewinnen, bis  
4           mindestens die Hälfte aller Mitglieder weiblich ist.  
5           Dazu werden, vom Bundesvorstand angeregt und  
6           unterstützt, folgende Aktionen auf allen Ebenen  
7           umgesetzt:

- 8  
9  
10          - In der SPD wird ein Klima hergestellt, in dem  
11           Redebeiträge von Frauen ernst genommen  
12           werden.  
13          - Die SPD führt eine breit angelegte  
14           Frauenwerbekampagne durch.  
15          - Das öffentliche Erscheinungsbild muss die  
16           Quotierung widerspiegeln.  
17          - Bonussystem für die Gewinnung neuer  
18           weiblicher Mitglieder.  
19          - Es gibt Angebote zur Beteiligung von Mädchen,  
20           z.B. Ferienprogramme, Mädchenspezifische  
21           Themen.  
22          - Kinderbetreuung bei Parteiveranstaltungen wird  
23           **selbstverständlich immer** angeboten.  
24          - Ebenso wird die Betreuung pflegebedürftiger  
25           Angehöriger **selbstverständlich immer**  
26           angeboten.  
27          - Frauen werden in ihrem politischen Engagement  
28           aktiv unterstützt vom verantwortlichen Vorstand  
29           und von den MandatsträgerInnen, sowie durch  
30           die Frauen in der Partei.  
31          - Die Redeliste auf Parteitag und -  
32           veranstaltungen ist quotiert und transparent zu  
33           gestalten.  
34          - Sanktionen, wenn gegen die  
35           Quotierungsbestimmungen der Satzung  
36           verstoßen wird, z.B. Streichung von  
37           Delegiertenmandaten oder Kürzung von  
38           Beitragszuweisungen

39  
40  
41          **Begründung:**

42          Seit mehr als zwei Jahrzehnten beträgt die Anzahl  
43          weiblicher Mitglieder in der SPD um die 30 Prozent.  
44          Das ist bedauerlich, denn die SPD wirkt nach  
45          außen doch auf viele Frauen wählbar, weil sie sich  
46

47 stark macht für die Frauen, gegen die Herdprämie,  
48 für gerechte Löhne für Frauen, für Frauen in  
49 Aufsichtsräten und vieles mehr. Jüngstes Beispiel  
50 war der kleine Landesparteitag 2011 „Starke  
51 Frauen für ein Starkes Bayern“ oder der  
52 Reißverschluss-Beschluss am Bundesparteitag,  
53 durch den jetzt in ganz Deutschland klar ist, dass  
54 SPD-Listen quotiert und im  
55 Reißverschlussverfahren, d.h. auf einen  
56 Frauenplatz folgt ein Männerplatz, aufgestellt  
57 werden.  
58 Dennoch sind Frauen innerparteilich zu schwach  
59 vertreten.  
60 Die obengenannten Forderungen sind das Ergebnis  
61 einer Zukunftskonferenz unter dem Thema:  
62 Frauen den Zugang zur aktiven Politik in der SPD  
63 erleichtern.

Antragstellerinnen:  
Bezirksvorstand AsF-Unterfranken

**Antrag A 2**

AdressatInnen: AsF-Landeskonferenz  
Weiterleitung an:

AsF-Bundesvorstand  
AsF-Bundeskonzferenz

64 **Frühzeitige Planung und Rücksichtnahme auf**  
65 **Ehrenamtliche bei AsF-Konferenzen**  
66

67 Termine für AsF-Bundeskonzferenzen sind  
68 spätestens ein Jahr vor der Konferenz festzulegen.  
69 Bei der Terminwahl ist darauf zu achten, dass  
70 Ehrenamtliche nicht zwei bzw. drei Tage Urlaub  
71 nehmen müssen.  
72

73 Begründung:

74 Die Vorverlegung der diesjährigen  
75 Bundeskonferenz auf Mitte Mai hat zu massiven  
76 Amtszeitverkürzungen der AsF in allen  
77 Gliederungsebenen geführt. Nicht alle waren in der  
78 Lage noch rechtzeitig Konferenzen einzuberufen.  
79 Die Folgen sind verkürzte Antragsfristen, die  
80 wiederum verstärkte Nacharbeit der  
81 Antragskommissionen nach sich zieht (eine  
82 unnötige Zusatzbelastung von Ehrenamtlichen). Da  
83 der Zeitpunkt der Konferenz (alle zwei Jahre) immer  
84 fest steht, muss es möglich sein Konferenztermine  
85 und -orte frühzeitig zu planen und zu fixieren. Bei  
86 der Terminwahl darf es nicht mehr zu so  
87 ungünstigen Konstellationen wie in diesem Jahr  
88 kommen. Wenn schon ein Feiertag involviert ist,  
89 dann sollte dieser auch als Konferenz- bzw.  
90 Anreisetag genutzt werden. Dadurch wäre dann  
91 wenigstens der Urlaubstag am Montag entfallen.  
92 Dieser ist für viele Erwerbstätige schwierig bzw. gar  
93 nicht zu bewerkstelligen.

Antragsstellerin:  
ASF-Bezirksvorstand Niederbayern

### Antrag A 3

AdressatInnen:  
SPD-Landesverband, SPD-Landesvorstand

94 **Antrag zur ASF-Lako Bayern**  
95 **„Aufstellungsverfahren“**  
96

97  
98 Die ASF-Landeskonferenz fordert den SPD-  
99 Landesvorstand auf, im Sinne des  
100 sozialdemokratischen Wertes der  
101 Gleichberechtigung in Bezug auf Wahlaufstellungen  
102 wie folgt zu verfahren:

103 Die Unterbezirke bzw. Wahlkreise sind dafür zu  
104 sensibilisieren, dass bei Wahlen zum

- 105 • Bundestag
- 106 • Landtag
- 107 • Bezirkstag
- 108 • (Ober-)BürgermeisterIn

109 im jeweiligen Wahlkreis nicht nur KandidatInnen  
110 eines Geschlechts aufgestellt werden dürfen.

111 Als Zeitraum soll die Legislaturperiode bei  
112 Kommunalwahlen herangezogen werden.

113 Die Sensibilisierung hat rechtzeitig vor den  
114 Aufstellungen zu Wahlen zu erfolgen. Wenn  
115 Aufstellungen im genannten Zeitraum lediglich zu  
116 Gunsten eines Geschlechts ergehen, soll der SPD-  
117 Landesvorstand vor weiteren  
118 Nominierungskonferenzen, den betroffenen UB-  
119 Vorstand auf den Missstand hinweisen.

120  
121

122 **Begründung:**

123 Trotz Quotenregelung bzw. der Geschlechterquote  
124 von 40 Prozent und Verpflichtung zum  
125 Reißverschlussverfahren bei den  
126 Kommunalwahlen, werden in vielen



127 bayerischen SPD-Unterbezirken Kandidaturen  
128 zur/zum  
129 BürgermeisterIn, Bezirkstag, Landtag und  
130 Bundestag ausschließlich an Männer vergeben.  
131 Aus der Sicht der ASF verstößt die Aufstellung nur  
132 eines Geschlechtes bei diesen wichtigen  
133 Kandidaturen gegen den Beschluss der  
134 Geschlechterquote und ist insofern mit den  
135 sozialdemokratischen Werten nicht vereinbar.  
136 Trotz bestehender Quotenregelung zeigen die  
137 realen Frauenanteile in diversen Gremien unserer  
138 Partei, dass reine Absichtserklärungen keine  
139 Änderung herbeiführen und Quotenregelungen  
140 oftmals sogar missachtet werden. Deswegen muss  
141 der Landesvorstand diesen Missstand durch  
142 entsprechende Maßnahmen beheben. Insofern ist  
143 ein Hinweis des Landesvorstandes das Mindeste,  
144 eine Verpflichtung bzw. Satzungsänderung jedoch  
145 wünschenswert.

Antragstellerinnen:  
Bezirksvorstand AsF-Unterfranken

**Antrag A 4**

AdressatInnen: AsF-Landesvorstand,  
Landesvorstand der BayernSPD, AsF  
bundesvorstand, AsF-Bundeskonferenz

146 **Die Parteireform wurde unter der Zielsetzung**  
147 **angekündigt, mehr Transparenz,**  
148 **Mitgliederbeteiligung und innerparteiliche**  
149 **Demokratie leben zu wollen. Die Beschlüsse**  
150 **und Pläne des PV gehen in die gegenteilige**  
151 **Richtung. Demgegenüber fordern wir:**

- 152
- 153 1) Der Parteivorstand kooptiert die  
154 Vorsitzenden der vier großen  
155 Arbeitsgemeinschaften (AsF, Jusos, 60plus  
156 und AfA) als beratende Mitglieder
  - 157 2) Der Parteivorstand bereitet für den nächsten  
158 Bundesparteitag eine Änderung des  
159 Organisationsstatutes mit dem Ziel vor, diese  
160 vier Arbeitsgemeinschaften mit je  
161 einer/einem Vertreter/in als ordentliche  
162 Mitglieder des PV zu versehen;
  - 163 3) Der PV stellt umgehend alle Planungen ein,  
164 die Gremien und Tagungsmodalitäten der  
165 genannten AGen einzuschränken.
  - 166 4) Der PV stellt ab sofort ausreichende Mittel  
167 und personelle Ressourcen zur Verfügung,  
168 um die Arbeit der AGen zu ermöglichen.

Antragstellerinnen:  
Bezirksvorstand AsF-Unterfranken

AdressatInnen: AsF-Landesvorstand  
  
Landesvorstand der  
Bayern SPD  
AsF Bundesvorstand  
AsF Bundeskonferenz

169  
170  
171  
172  
173  
174  
175  
176  
177  
178  
179  
180  
181  
182  
183  
184  
185  
186  
187  
188  
189  
190  
191  
192  
193  
194  
195  
196  
197  
198  
199  
200  
201  
202  
203  
204

## RESOLUTION

Anlässlich der beschlossenen Änderungen der Grundsätzen und Richtlinien für die Tätigkeiten der Arbeitsgemeinschaften, stellen wir als Arbeitsgemeinschaft im Landesverband Bayern dazu folgendes fest:

„Die Arbeitsgemeinschaften sind Teile der SPD. Sie sind Bindeglied zu den gesellschaftlichen Gruppen, die sich in den politischen Bereichen engagieren, für die die Arbeitsgemeinschaften in der SPD zuständig sind. Die Arbeitsgemeinschaften bieten die Möglichkeit, die unterschiedlichsten Schichten und Gruppen der Gesellschaft anzusprechen, sie verfügen über Kompetenz und Kontakte in diese Bereiche. Das muss konstruktiv für die Arbeit der SPD genutzt werden.“

Als Scharnier zu gesellschaftlichen Gruppen stehen die Arbeitsgemeinschaften in der SPD nicht nur in anstehenden Wahlkampfzeiten auf Landes- und Bundesebene in der ersten Reihe. Durch die erfolgreiche Netzwerkarbeit bei Frauen und auf gleichstellungspolitischer Ebene, im Jugendbereich, auf der ArbeitnehmerInnenseite, bei den Selbständigen, den Älteren, den MigrantInnen, JuristInnen, im Gesundheitswesen, im Bildungsbereich, bei Selbst Aktiv und bei Lesben und Schwulen tragen wir mit unserer politischen Arbeit einen wesentlichen Anteil an der gesellschaftlichen Verankerung der SPD als Volkspartei und zur Bindung dieser Zielgruppen an die SPD.

205 Dies wurde bisher auch von der Parteispitze so  
206 gesehen und bestätigt.

207

208 Der vorgelegte Richtlinienentwurf spiegelt jedoch  
209 nicht die innerparteiliche und außerparteiliche Rolle  
210 der Arbeitsgemeinschaften wider.

211 Im Falle einer Verabschiedung des Entwurfs in der  
212 vorgelegten Fassung sind weitgehende negative  
213 Auswirkungen auf die Wahrnehmung der  
214 Gesamtpartei in der Öffentlichkeit zu erwarten.

215

216 Konkret befürchten wir folgendes:

217

218 1. Die starke Verkleinerung der  
219 Vorstände hat gravierende  
220 Auswirkungen auf die Erfüllung der  
221 Aufgaben der jeweiligen  
222 Arbeitsgemeinschaften. Dies gilt  
223 insbesondere in Bezug auf die  
224 Vernetzung und Präsenz in  
225 anderen Organisationen auf  
226 nationaler und internationaler  
227 Ebene, die Vernetzung in die  
228 Regionen sowie die inhaltliche  
229 politische Arbeit. Darüber hinaus  
230 werden die Kampagnenfähigkeit  
231 sowie die politische Außenwirkung  
232 massiv beeinträchtigt.

233

234 2. Die ehrenamtliche Tätigkeit von  
235 Berufstätigen teilweise mit  
236 familiären Verpflichtungen in den  
237 Gremien auf Bundesebene wird  
238 kaum mehr möglich sein, da das  
239 aufzuwendende Zeitbudget nur  
240 noch in Verbindung mit einem  
241 Hauptamt oder Mandat und ohne  
242 weitere familiäre Verpflichtungen  
243 bewältigt werden kann.

244

245 3. Viele Regionen können so in der  
246 politischen Vorstandsarbeit nicht  
247 mehr angemessen vertreten sein.  
248 Das hat massive Auswirkungen auf  
249 die bundesweite innerparteiliche  
250 Vernetzung und den politischen  
251 Austausch zwischen den  
252 Regionen. Dies trifft auch auf die  
253 vorgeschlagene Verringerung der  
254 Delegiertenzahlen für die  
255 Bundeskonferenzen zu. Die

256 beabsichtigte Verkürzung der  
257 Dauer der Bundeskonferenzen  
258 führt nicht zu mehr, sondern zu  
259 weniger Beteiligungsmöglichkeiten  
260 auf Bundesebene.

261  
262 4. Die vorgeschlagenen Änderungen  
263 haben  
264 massive Auswirkungen auf unsere  
265 Arbeit in den jeweiligen  
266 Landesverbänden und Bezirken  
267 durch mangelnde Anbindung an  
268 die Bundesebene, mangelnde  
269 politische Kommunikation und  
270 Einschränkungen in der  
271 Kampagnenfähigkeit.

272  
273 Die Arbeitsgemeinschaften haben bisher sowohl die  
274 politischen Forderungen ihrer Zielgruppen mit  
275 beeinflusst und in die SPD eingebracht ebenso wie  
276 sie für Forderungen und Inhalte der SPD bei ihren  
277 Zielgruppen geworben haben. Diese  
278 Zielgruppenarbeit ist mit dem neuen  
279 Richtlinienentwurf nicht mehr möglich.

280  
281 Für uns sind solche Einschnitte bei der  
282 Zielgruppenarbeit der SPD das grundfalsche  
283 politische Signal auf allen Ebenen und nicht  
284 akzeptabel. Gerade im Vorfeld zu den anstehenden  
285 Landtagswahlen und insbesondere zur  
286 Bundestagswahl 2013 darf eine Volkspartei ein  
287 solches Signal nicht aussenden. Dies würde nur  
288 missverstanden als Missachtung und mangelnde  
289 Wertschätzung politischer Zielgruppenarbeit.

290  
291 In der Vergangenheit hat sich die  
292 Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen  
293 im offenen Dialog mit der Parteiführung stets  
294 konstruktiv und kompromissbereit bei notwendigen  
295 innerparteilichen Veränderungen und der  
296 Diskussion um Einsparungen verhalten.

297  
298 Ein solcher Dialog mit uns fand im Vorfeld der  
299 Vorlage dieses Richtlinienentwurfs nicht statt. Allein  
300 die Tatsache, dass die Vorsitzenden der  
301 Arbeitsgemeinschaften - und auch nur diese - nicht  
302 einmal 24 Stunden vor dem anberaumten Gespräch  
303 mit der Generalsekretärin erst den Richtlinien-  
304 Entwurf zugeleitet bekamen, widerspricht einer  
305 offenen, demokratischen Diskussionskultur  
306 innerhalb unserer Partei.

307 Neben dem inakzeptablen Inhalt des Entwurfs ist  
308 für uns auch das gewählte Verfahren nicht  
309 annehmbar.  
310 Im Interesse der Gesamtpartei fordern wir die  
311 Parteispitze und die Landesverbände und Bezirke  
312 auf, den Arbeitsgemeinschaften die Wertschätzung  
313 nicht zu entziehen und die politische Handlungs-  
314 und Kampagnenfähigkeit zu erhalten und von der  
315 geplanten Änderung Abstand zu nehmen.

316 Antragssteller: ASF-Unterbezirk Passau

317

318 Adressatin: SPD-Landtagsfraktion

319

320

321 **Antrag zur ASF-Lako Bayern „Stabstelle gegen**

322 **Rechtsextremismus auch für Frauen“**

323

324

325 Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, dafür

326 Sorge zu tragen, dass die beantragte und bei der

327 Staatskanzlei anzusiedelnde Stabstelle gegen

328 Rechtsextremismus auf spezielle Frauenaspekte

329 ausgedehnt wird.

330

331 Das erfordert

332 • eine klare Positionierung der Staatsregierung

333 zum Thema „Frauen und

334 Rechtsextremismus“.

335 • dass für Frauen und Mädchen spezifische

336 und auf die aktuellen Gegebenheiten in

337 der rechtsextremen Szene

338 zugeschnittene Angebote entwickelt und

339 unterbreitet werden.

340 • dass Frauenhäuser und

341 Frauenhilfeeinrichtungen für das Thema

342 Rechtsextremismus entsprechend

343 sensibilisiert und geschult werden.

344 • Ausstiegsprogramme, die speziell für Frauen

345 und Mädchen zugeschnitten sind.

346 Gewaltschutz für Frauen und Mädchen

347 muss ein grundlegender Bestandteil

348 dieser Programme sein.

349 • dass demokratische Strukturen und

350 Geschlechtergerechtigkeit früh geübt

351 werden.

352 • dass im Rahmen der Weiterbildung

353 Lehrkräfte und pädagogische

354 MitarbeiterInnen für dieses Thema

355 sensibilisiert werden.

356 • eine adäquate Aufnahme des Themas in die

357 Rahmenlehrpläne und pädagogischen

358 Richtlinien frühkindlicher Förderung.

359 • für Angestellte von Kommunalverwaltungen,

360 Polizeibehörden und BürgerInnenämtern

361 Fortbildungsmaßnahmen, die auch über

362 die Situation und das Auftreten von

363 Frauen in der Neonazi-Szene aufklären.

364 • Planungssicherheit für

365 BürgerInneninitiativen, Vereine und

sonstige Institutionen der  
Zivilgesellschaft für deren Arbeit

- 366 • institutionalisierte Unterstützung und  
367 Beratung, die sich mit der Beratung von  
368 Eltern befasst, deren Kinder in der  
369 rechtsextremen Szene tätig sind.



Antragstellerinnen:  
Bezirksvorstand AsF-Unterfranken

AdressatInnen: AsF-Bezirkskonferenz  
AsF-Landeskonferenz

370

**Antrag A 7 zurückgezogen**

Antragstellerinnen:  
Bezirksvorstand AsF-Unterfranken

Antrag A 8

AdressatInnen: AsF-Bundeskonferenz

Landesvorstand Bayern SPD  
AsF- Bundesvorstand

371 **Bausteine für eine sozialdemokratische**  
372 **Gestaltung des Pflegegeldgesetzes**

373

374 Pflege ist wie Kindererziehung gesellschaftlich  
375 notwendige Arbeit.

376 Pflegezeiten dürfen kein privates Risiko sein. Sie  
377 müssen gesellschaftlich anerkannt und  
378 entsprechend honoriert werden. Dabei stehen die  
379 Bedürfnisse und Interessen der Pflegenden und  
380 Pflegebedürftigen im Mittelpunkt.

381

382 Der Pflegebegriff muss neu definiert werden:  
383 Gesellschaftliche Teilhabe muss ermöglicht  
384 werden. Dabei sind die Rahmenbedingungen für  
385 eine älter werdende Gesellschaft unter den  
386 Gesichtspunkten Mobilität (Baurecht, Stadtplanung,  
387 ....)  
388 zu berücksichtigen.

389

390 -

391 -

392 -

393 -

394 -

395 -

396

397

398

399 Fürsorgepflicht für pflegende Angehörige ist  
400 gesellschaftliche Aufgabe

401

402 **Pflege ist eine Anforderung an die**  
403 **Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Sie muss**  
404 **in unserer Gesellschaft so sichergestellt und**  
405 **anerkannt werden, wie es beispielsweise die**  
406 **Kinderbetreuung (inzwischen) ist.**

407

408 Grundvoraussetzungen:

- 409           ▪ Pflegezeiten sind nicht planbar, anders als z.B.  
410           die Betreuung von Kindern.  
411           D.h. hohe Flexibilität und Möglichkeiten für  
412           kurzfristiges Agieren muss ein  
413           Pflegegesetz leisten, will es den pflegenden  
414           Angehörigen wirklich helfen.  
415  
416           ▪ Dies bedeutet vor allem, dass ein  
417           Rechtsanspruch auf Pflegezeit  
418           sicherzustellen ist  
419  
420           ▪ Pflege ist gesellschaftlich notwendige Arbeit.  
421           Daher müssen Pflegezeiten  
422           – ähnlich wie das Elterngeld – mit einer  
423           Lohnersatzleistung ausgestattet werden  
424  
425           ▪ Pflege darf nicht auf dem Rücken der  
426           Angehörigen zum privaten Risiko  
427           - **werden: Lohneinbußen, berufliche**  
428           **Rückschläge der Pflegenden sind nicht zu**  
429           **akzeptieren.**  
430

431           Um flexibel handeln zu können, ist die von der  
432           Arbeitsgruppe „Familienpolitik“  
433           unter Führung von Manuela Schwesig eingebrachte  
434           Initiative „1000-Stunden-  
435           Budget“ der richtige Vorschlag: „Arbeitnehmer  
436           erhalten einen rund 6-monatigen  
437           Freistellungsanspruch, der mit einer  
438           Lohnersatzleistung ausgestattet ist. Diese rund  
439           1000 Stunden kann man flexibel einsetzen: in  
440           verschiedene Zeitabschnitte einteilen oder auch  
441           über Jahre zeitlich strecken“  
442

- 443           ▪ Die bereits geltende 10-tägige Auszeit, wenn ein  
444           Pflegefall in der Familie eingetreten ist, um die  
445           neue Lebenssituation zu organisieren, muss mit  
446           einer Lohnersatzleistung ausgestattet werden  
447  
448           ▪ Wir wollen ein zusätzliches Zeitbudget mit  
449           Lohnersatz für die Sterbebegleitung einführen  
450  
451           ▪ Wir brauchen eine solidarische  
452           Bürgerversicherung auch für die Pflege. Aus  
453           diesem Einkommen sind Lohnersatzleistungen  
454           zu finanzieren.  
455

456           *Darüber hinaus soll diskutiert werden, wie eine*  
457           *rentenmäßige Anerkennung von Pflegezeiten zu*  
458           *verbessern ist.*

Adressatin: Landesparteitag, ASF-Bundesparteitag,  
ASF-Bundesvorstand

459 **Antrag: Frauen und Mädchen mit**  
460 **Behinderungen vor Missbrauch schützen**  
461

462

463 Die Bundestagsfraktion setzt sich für eine breit  
464 angelegte Kampagne des zuständigen Ministeriums  
465 für die Rechte von Frauen mit Behinderungen,  
466 insbesondere für Aufklärung und Hilfe bei  
467 sexuellem Missbrauch ein. Ferner muss für Frauen  
468 und Mädchen mit Behinderung Wahlfreiheit  
469 bestehen, ob sie von weiblichen oder männlichen  
470 Pflegenden betreut werden wollen.

471

472

473

**Begründung:**

474

475

476

477

478

479

480

481

482

483

484

485

486

487

488

489

Neue Studien belegen, dass Frauen und Mädchen mit Behinderung zu einem wesentlich höheren Anteil von sexuellem Missbrauch betroffen sind als Frauen und Mädchen ohne Behinderungen.

Die Ursachen dafür sind teils bekannt, teils werden sie noch erforscht. Die höhere Zahl der missbrauchten Mädchen und Frauen mit Behinderungen ist zum Teil auch damit begründet, dass sie angreifbarer sind als Mädchen und Frauen ohne Behinderungen. Der Missbrauch geschieht oft auch im Zusammenhang mit der Pflege. Die UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen wurde 2009 auch von Deutschland ratifiziert. Es ist ein Schritt in der Umsetzung, jetzt den Worten Taten folgen zu lassen und Ziele durch Aktionsprogramme umzusetzen.

Adressatin: AsF-Bundeskonferenz, SPD-  
Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag

490 **Antrag: Flächendeckende Prävention von**  
491 **sexualisierter Gewalt**

492  
493

494 Die SPD-Landtagsfraktion setzt sich zum Thema  
495 sexualisierte Gewalt für flächendeckende,  
496 strukturelle Prävention für Kinder und Kleinkinder  
497 ein. Bei Maßnahmen der strukturellen Prävention  
498 handelt es sich zum Beispiel um verpflichtende  
499 Fort- und Weiterbildung für pädagogisches  
500 Personal in KITAS und Schulen, Lehrerinnen und  
501 Lehrer, medizinischem Personal,  
502 Aufklärungskampagnen über Medien und Vorträge,  
503 das Erstellen von Handlungsleitfäden sowie eine  
504 bundeseinheitliche Notrufnummer für Betroffene.  
505

506

507 **Begründung**

508 Für alle Beteiligten sind klare Strukturen  
509 unerlässlich. Helfer/innen müssen wissen, wie man  
510 damit umgeht. Betroffene von sexuellem  
511 Missbrauch reagieren für die Außenstehenden mit  
512 unklaren Symptomen. Wenn jemand von  
513 Missbrauch erfährt, besteht immer die Gefahr, in  
514 der ersten Aufregung dem/der Betroffenen mehr zu  
515 schaden, als zu helfen.

516 Es ist wichtig zu wissen, wie man am besten  
517 reagiert, wo man sich Hilfe holt, wen man  
518 ansprechen kann und soll. Solche Regularien  
519 müssen besprochen und eingeprägt sein.  
520

521

522 Die Kultusministerkonferenz hatte im Jahre 2010  
523 Handlungsempfehlungen zur Vorbeugung und  
524 Aufarbeitung von sexuellen Missbrauchsfällen und  
525 Gewalthandlungen in Schulen und schulnahen  
Einrichtungen gegeben.

Adressatin: AsF-Landes- und Bundeskonferenz,  
SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag

526 **Antrag: Frauen, Kinder und Kranke raus aus**  
527 **den Lagern!**

528  
529

530 Die Landtagsfraktion setzt sich für eine Aufhebung  
531 der Lagerpflicht für Frauen, Kinder, Kranke und  
532 Menschen mit Behinderungen unter den  
533 Asylbewerbern ein und dafür, dass die zuständigen  
534 Gebietskörperschaften verpflichtet werden,  
535 geeigneten Wohnraum zu finden.

536  
537

538 Begründung:  
539 AsylbewerberInnen sind besonders in Bayern  
540 langen Aufenthaltspflichten in  
541 Aufnahmeeinrichtungen und  
542 Gemeinschaftsunterkünften ausgesetzt, mitunter  
543 Jahre lang. Der Aufenthalt in solchen Einrichtungen  
544 ist nichts anderes als das Leben in einem Lager.  
545 Die Bedingungen dort sind prekär (Mehrbettzimmer,  
546 schlechte Häuser, schlechte Ernährung, schlechte  
547 hygienische Bedingungen) und entsprechen in  
548 keiner Weise der Menschenwürde. Frauen, Kinder  
549 und kranke Menschen oder Menschen mit  
550 Behinderungen zählen nach UN-Richtlinien zu den  
551 besonderes verletzlichen Gruppen. Sie sind in  
552 diesen Lagern in der Minderheit (mit bis zu 25  
553 Prozent der Bewohnenden). Sie sind zusätzlich zu  
554 den schlechten Bedingungen auch Übergriffen  
555 ausgesetzt.

Antragstellerin: AsF Nürnberg

**Antrag A 12**

Adressatin: SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag, AsF Landeskonferenz, AsF-Bundeskonferenz

556 **Antrag: Elternassistenz für Eltern mit**  
557 **Behinderungen**

558  
559 Die Bundestagsfraktion setzt sich für eine  
560 Elternassistenz für Eltern mit Behinderungen ein.  
561

562  
563 **Begründung:**

564  
565 Eltern mit Behinderung brauchen besondere Hilfen,  
566 um am Leben ihrer Kinder teilhaben zu können. So  
567 ist es z. B. schwierig für manche Eltern, bei den  
568 Arztbesuchen der Kinder dabei sein zu können.  
569 Dafür benötigen sie die Unterstützung durch  
570 Assistenten.

Antragsstellerin: Bezirkskonferenz der AsF-  
Oberbayern

**Antrag A 13**

Weiterleitung an: AsF Bundeskonferenz

571 **Rechtsanspruch der Opfer von Gewalt und**  
572 **sexuellem Missbrauch auf Beratung**

573  
574  
575

Antrag:

576 Die Bundestagsfraktion wird aufgefordert,  
577 sich dafür einzusetzen, dass ein Recht von Opfern  
578 von Gewalt und sexuellem Missbrauch auf  
579 regelfinanzierte, fachkompetente und wohnortnahe  
580 Beratung gesetzlich verankert wird.  
581 Bei minderjährigen Opfern muss dieser  
582 Rechtsanspruch elternunabhängig sein.

583  
584  
585

Begründung:

586 Wie im Abschlussbericht der Unabhängigen  
587 Beauftragten der Bundesregierung für immaterielle  
588 und materielle Hilfen für von sexuellem Missbrauch  
589 Betroffene vom 24.5.2011 wird die Sicherung der  
590 Beratung der Gewaltopfer gefordert. Nur so kann  
591 allen Opfern von Gewalt und sexuellem Missbrauch  
592 angemessene und individuelle Hilfe gewährleistet  
593 werden. Da ein erheblicher Teil dieser Gewalttaten  
594 innerhalb der Familie stattfinden, müssen  
595 minderjährige auch ohne Wissen und Erlaubnis der  
596 Erziehungsberechtigten anspruchsberechtigt sein.



Antragsstellerin: Bezirkskonferenz der AsF-  
Oberbayern

**Antrag A 14**

Weiterleitung an: Landesvorstand BayernSPD,  
ASF Bundesvorstand, AsF-Bundesausschuss

597 **Arbeitsgemeinschaften auf allen Ebenen**  
598 **arbeitsfähig halten**

599

600

Antrag:

601

Der PV wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen,  
602 dass es auf keiner Gliederungsebene zu einer  
603 personellen oder finanziellen Schlechterstellung der  
604 Arbeitsgemeinschaften (AsF, JUSOS, 60plus, AfA)  
605 durch die Parteireform kommt.

606

607

608

Begründung:

609

610

Die Parteireform wurde mit dem Ziel mehr  
611 Beteiligung, mehr Transparenz und mehr  
612 innerparteiliche Demokratie durchgeführt. Einige  
613 Neustrukturierungen werfen den Schatten einer  
614 Schlechterstellung für die Arbeitsgemeinschaften  
615 voraus.

Antragsstellerin: Bezirkskonferenz der AsF- 644  
Oberbayern 645  
646  
Weiterleitung an: SPD-Landesgruppe

## Antrag A 15

616  
617  
618  
619  
620  
621  
622  
623  
624  
625  
626  
627  
628  
629  
630  
631  
632  
633  
634  
635  
636  
637  
638  
639  
640  
641  
642  
643

### **Antrag:**

Die bayerische SPD-Landesgruppe im Bundestag wird gebeten, eine Ansprechpartnerin/ einen Ansprechpartner zu benennen, die/der die bayerischen AsF-Bezirke verbindlich über aktuelle frauen- und gleichstellungspolitisch relevante Aktivitäten der Bundestagsfraktion informiert. Dazu gehören z.B. Anträge und Anfrage der SPD-Fraktion, Positionen zu Gesetzesentwürfen der Bundesregierung oder Beteiligung der Fraktion an Kampagnennetzwerken. Die Information soll regelmäßig und zeitnah erfolgen, die Bezirke sollen die Informationen an die Unterbezirke weiterleiten.

### **Begründung:**

Die Bundestagsfraktion leistet gute Arbeit, um die Gleichstellung von Frauen voran zu bringen. Leider ist darüber nicht allzu viel zu erfahren, weil Frauen- und Gleichstellungspolitik trotz ihrer Bedeutung in der öffentlichen Berichterstattung ein Schattendasein führt. Die AsF/SPD-Gliederungen vor Ort sind daher auf Informationen aus erster Hand angewiesen, wenn sie die Arbeit der Fraktion durch Kampagnen unterstützen wollen.